

Vorab per E-Mail bzw. elektronisch

Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
des Kantons Bern
Generalsekretariat
Münsterplatz 3a
3000 Bern 8

Bern, 2. August 2024

Änderung des Innovationsförderungsgesetzes (IFG) - Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Die BERNER ARBEITGEBER danken Ihnen für die Möglichkeit zur Teilnahme an der Vernehmlassung zur Änderung des Innovationsförderungsgesetzes (IFG). Gerne nehmen wir innert Frist bis zum 2. August 2024 dazu wie folgt Stellung:

Ausgangslage

- Heute kann der Kanton Bern Vorhaben der anwendungsorientierten Forschung mit einer Anschubfinanzierung fördern. In Zukunft soll er nach klaren Kriterien auch wiederkehrende Finanzhilfen an Vorhaben und Aktivitäten von Institutionen der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung gewähren können.
- Auslöser der geplanten Revision ist der Kreditentscheid des Grossen Rates vom 13. Juni 2023 zum Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique SA – Recherche et Développement (CSEM). Dieses erwartet offenbar ab 2026 eine wiederkehrende finanzielle Unterstützung durch den Kanton Bern; ansonsten baut es seine Aktivitäten wieder ab. Auch Universität Bern und Insel Gruppe gehen offenbar davon aus, dass der vom GR ebenfalls bewilligte Zusammenarbeitskredit weitergeführt wird. Sonst drohe, dass die Wertschöpfung des CSEM nicht maximal im Kanton Bern gehalten werden kann.
- Anders als andere Kantone kennt der Kanton Bern bisher nur Lösungen zur Anschubfinanzierung. Dies hat zur Folge, dass die betreffenden Institutionen aus dem Kanton Bern beim Bund keine erneuten Gesuche einreichen können, nachdem die Anschubfinanzierung ausgelaufen ist. Denn der Bund kennt keine Anschubfinanzierung.
- Ohne die neue Finanzierungsmöglichkeit kann der Innovationsstandort Bern bestehende Institutionen nicht weiterentwickeln und neue nicht ansiedeln.

Stellungnahme

Innovation ist Sache der Unternehmen. Aufgabe des Kantons ist es primär, gute Rahmenbedingungen für Unternehmen und deren Mitarbeitende zu schaffen. Dazu gehören möglichst tiefe Steuern und Gebühren, eine gute Verkehrserschliessung, eine gute Bildung, eine genügende Anzahl entsprechend qualifizierter Arbeitskräfte, Sicherheit, etc. In den meisten dieser Bereiche hat der Kanton Bern im Vergleich zu anderen Kantonen (erheblichen) Nachholbedarf. Die grössten Nachteile gegenüber den Standorten Zürich und Lausanne bestehen darin, dass

- Interesse und Verständnis für wirtschaftliche Fragestellungen in weiten Teilen der Bernischen Bevölkerung und Politik traditionell gering sind,
- erfolgreiche mittelständische Unternehmen, die es zum Glück sehr wohl gibt, öffentlich kaum wahrgenommen werden,
- die Steuerbelastung im Kanton Bern derart exorbitant ist, dass sie für wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen und Privatpersonen prohibitiv wirkt. Darauf ist auch die unterdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung im Kanton Bern zurückzuführen,
- Bern kein ETH-Standort ist,
- im Kanton Bern bisher keine Wachstumsbranche die kritische Grösse erreicht hat, um andere (internationale) Unternehmen anzuziehen (wie z.B. Basel mit der Pharma-Industrie),
- es Bern an Internationalität fehlt.

Der Regierungsrat – in seiner heutigen Zusammensetzung – hat erkannt, dass es vordringlich ist, die Steuerlast für Unternehmen und Privatpersonen zu senken, um zunächst einmal die Abwanderung der gut Gebildeten und gut Verdienenden zu stoppen und anschliessend für Neuansiedlungen in Frage zu kommen. Das ist mit Abstand die wirkungsvollste Massnahme, um die wirtschaftliche und finanzpolitische Situation im Kanton Bern nachhaltig zu verbessern.

Seit 2017 bietet die ETH Zürich einen Bachelor in Medizin an. Bei der Planung des neuen Studienganges bemühte sich der Kanton Bern, auch unter Beizug des damaligen Wirtschaftsministers, BR Schneider-Amann offenbar darum, dass Bern als Standort in Erwägung gezogen wird, leider erfolglos. Dies hätte dem Standort Bern den dringend benötigten Schub gegeben, um im Bereich der Medizin / Medizinaltechnik eine führende Stellung einzunehmen.

Die ETH hat aber seither nicht nur in Zürich einen Standort für die Medizinausbildung aufgebaut, sondern ist auch Partnerschaften u.a. mit dem Kantonsspital Baden (KSB), Schulthess Klinik, Kantonsspital Aarau, Kantonsspital Winterthur, Universitätsspital Zürich, Barmelweid, Ente Ospedaliero Cantonale (EOC), Universitätsklinik Balgrist, ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Berner Fachhochschule BFH eingegangen. So pflegt z.B. das KSB nicht nur eine Partnerschaft in der medizinischen Lehre, sondern kooperiert auch in der klinischen und experimentellen Forschung.

Nachdem Bern keinen ETH Standort für Medizin beherbergt, hat der Kanton nach Alternativen gesucht. So baut das vom Kanton Bern finanziell unterstützte CSEM in enger Zusammenarbeit mit der Universität Bern und der Insel Gruppe eine Abteilung für industrienaher Forschung und Zusammenarbeit im Bereich der Medizinaltechnik auf.

Im Gegensatz zu anderen Kantonen, in denen das CSEM Standorte betreibt, kennt der Kanton Bern bisher keine Instrumente, um Innovationsförderungsprojekte wiederkehrend zu unterstützen. Das CSEM erwartet ab 2026 eine wiederkehrende finanzielle Unterstützung, ansonsten es seine Aktivitäten am Standort Bern wieder abbaut. Mit dem Kreditentscheid des Grossen Rates vom 13. Juni 2023 hat der Kanton Bern nun aber dieses Projekt ermöglicht. Es wäre sinnwidrig, dieses nur drei Jahre später wieder zu beenden, da in dieser kurzen Zeit keine positiven Effekte im Bereich der Forschung und wirtschaftlichen Entwicklung des Standortes nachhaltig erzielt werden können.

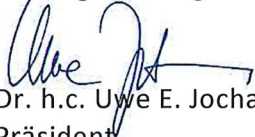
Von den neu wiederkehrenden Finanzhilfen könnten aktuell 4 Institutionen (nicht gewinnorientierte AG's) profitieren, nebst dem CSEM die sitem-insel AG und das SCDH, also drei Forschungsreinrichtungen von nationaler Bedeutung sowie die Switzerland Innovation Biel AG, ein vom Bund anerkannter Standort des Schweizerischen Innovationsparks.

Stand heute wird von einem jährlichen Finanzbedarf von einigen wenigen Millionen Franken ausgegangen. Es wird mit einem Rahmenkredit für die Jahre 2026 – 2028 in der Grössenordnung von CHF 12 – 18 Mio. gerechnet.

Für die BERNER ARBEITGEBER steht die wirtschaftliche Entwicklung des Standortes Bern im Vordergrund. Sie unterstützen deshalb alle Massnahmen, die diesem Ziel dienen. Sie unterstützen deshalb auch die Änderung des Innovationsförderungsgesetzes, zumal es in der Logik der seit 2012 vom Kanton Bern verfolgten Strategie steht, Bern zu einem international führenden Medizinalstandort zu machen. In Rahmen dieser Strategie leisten auch die staatlich geförderten Zentren ihren Beitrag und verfolgen das gleiche Ziel: den Übergang von der medizinischen Forschung in die Wirtschaft zu ermöglichen, z.B. bei neuen medizinischen Projekten.

Allerdings haben die BERNER ARBEITGEBER auch Bedenken: so ist die Entwicklung des Innovationszentrums in der Umgebung des Inselcampus heute nicht dort, wo man es sich 2012 erhoffte. Der Umstand, dass die ETH nicht nach Bern gebracht werden konnte, wiegt schwer. Die getätigten Investitionen sind vergleichsweise klein. Und mit staatlichem Geld allein ist es illusorisch, eine führende Stellung in einem der weltweit dynamischsten Wirtschaftsbereichen erzielen zu wollen. Zudem bleibt bis heute wenig fassbar, wie damit die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Bern konkret gestärkt werden soll. So fehlt es bis heute an messbaren Kriterien zur Zielerreichung. Ohne sehr substantielle Investitionen durch grosse, private Player in den Bereichen Medizin bzw. Medizinaltechnik wird die an sich bestechende Idee nicht zum Fliegen kommen bzw. ein kleines Bernisches Ökosystem bleiben, dies umso mehr als weder die Insel-Gruppe noch die Universität Bern über die nötigen Mittel verfügen, um in diesem Bereich Spitzenforschung in einer gewissen Breite zu ermöglichen. Die BERNER ARBEITGEBER erwarten deshalb von der Regierung, dass Sie nun zeitverzugslos die viel zu hohen Steuern für Unternehmen und Privatpersonen spürbar senkt, die Raumplanung und die Baugesetzgebung so gestaltet, dass Grossinvestitionen kurzfristig möglich werden und aktiv grosse Unternehmen im Bereich Medizin/Medizinaltechnik umwirbt, damit diese in Bern einen Standort eröffnen. Die BERNER ARBEITGEBER erwarten desweiteren, dass die Regierung sich erneut darum bemüht, wenigstens einige praktische Ausbildungen der ETH nach Bern zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen
**Kantonalverband Bernischer
Arbeitgeber-Organisationen**



Dr. h.c. Uwe E. Jocham
Präsident



Dr. Christoph Zimmerli
Geschäftsführer

Per E-Mail an politischegeschaefte.weu@be.ch